

Die kurzzeitige Atomisierung der österreichisch-französischen Beziehungen  
hat tiefere Ursachen.

## Verkrampfter Austro-Pazifismus

**F**RANKREICHS PREMIERMINISTER Alain Juppé hat kürzlich etwas Wichtiges und Richtiges in einem höchst unpassenden Zusammenhang angesprochen. Weil sich in der EU neben Dänemark und Holland die Neumitglieder Österreich und Schweden durch die Schärfe ihrer Stellungnahmen gegen die französische Atomtest-Serie hervortaten, beklagte Juppé, daß „Länder mit einer langen Neutralitätstradition der EU beigetreten sind, ohne dabei das Gefühl zu haben, daß dieser Schritt auch unmittelbare Konsequenzen in der Verteidigungsstrategie nach sich ziehen könnte“. Juppé schlußfolgerte daraus, daß „die Konkretisierung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik noch lange Zeit brauchen werde“, da es am nötigen „europäischen Bewußtsein“ fehle.

Im aktuellen Kontext entbehrt diese Erklärung nicht einer gewissen Absurdität. Nachdem Präsident Jacques Chirac im Alleingang, ohne die geringste Vorausabsprache in EU-Instanzen, die Wiederaufnahme der Atomversuche dekretierte, kann wohl Frankreich schwerlich nachträgliche Euro-Solidarität für diesen provokanten Beschluß einfordern.

Juppé hat aber zweifellos recht, wenn er eine besondere Inkonsistenz bei den Neuanrückmählungen in der EU ortet: In diesen Ländern überwog der Wunsch, einem stabilen, ökonomisch dynamischen und kulturell attraktiven Ensemble anzugehören, die Frage der künftigen Verteidigung dieses Ensembles wurde vielfach ausgespart.

In Österreich spießt sich die Diskussion zusätzlich an dem Problem der Nachkriegsidentität des Landes, die auf vielschichtige Weise mit dem Neutralitäts-Selbstverständnis verwoben ist.

Für die geschlagenen Wehrmachtssoldaten und darüber hinaus für die weitgehend NS-indoktrinierte österreichische Bevölkerung war wohl die Neutralität – unter anderem – auch eine Art ideologische Schon-

phase. Man konnte einmal pausieren und ersparte sich ein andernfalls abruptes Überlaufen zu den Westalliierten, den eben erst siegreichen Gegnern. Im Windschatten der Neutralität konnte sich auch eine sanfte Abkehr vom NS-Militarismus vollziehen, die in einer tröstenden Allerwelts-Verurteilung des Kriegs gipfelte. Darin trafen und treffen sich Kameradschaftsbünde, Sozialdemokraten und Grüne.

In diesem halbartikulierten, allerbreitesten Konsens liegt wohl auch eine der Ursachen für das Ausmaß, das die Protestwelle

schätzt wird). Verachtung für ein vorgeblich untüchtigeres Land, das zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in einem Blitzfeldzug geschlagen wurde und sich bei Kriegsende „seinen Platz unter den Siegermächten erschlichen“ hätte.

Nichts beflügelt wohl so sehr die Artikulation der Wut auf einen auftrumpfenden Rivalen wie seine mutmaßliche Schwäche.

Welche Motive auch immer bei den einzelnen Protestgruppen überwiegen mögen, in jedem Fall ist diese neuerliche Verkrampfung rund um Neutralismus und Pazifismus ein weiteres Hindernis für den bereits vielseitig belasteten Prozeß der Euro-Integration. Dabei gilt weiterhin, daß die EU der einzige Rahmen ist, um den gefährlichen nationalistischen Versuchen, die auch Europa bedrohen, wirksam zu widerstehen. Kommt der Prozeß der politischen Verschmelzung Europas (wie sie am konsequentesten von den deutschen Christdemokraten unter Helmut Kohl verfochten wird) zum Erliegen, dürfte eine Rückentwicklung einsetzen – erst zu einer bloßen Freihandelszone, die alsbald ebenfalls zerreißen würde.

Grundsätzlich ist eine Politunion, also eine Art föderative Euro-Republik, ohne eine von allen Mitgliedern getragene Verteidigung undenkbar. Die Konkretisierung dieses republikanischen Postulats ist heute nicht möglich, die Weichenstellung in diese Richtung

schon. Allzu lange Verzögerungen können sich bitter rächen.

Für Österreichs ältere Generation bedeutet das ein Rütteln am Tabu des bequemen Nachkriegspazifismus – nicht so schmerzhaft, aber in seinen Konsequenzen für das österreichische Selbstverständnis ebenso einschneidend wie die Auseinandersetzung um die Vergangenheit Kurt Waldheims.

Die für den Fortgang der Diskussion über die Neutralität entscheidende Schlüsselgruppe ist aber die in den letzten zwei Jahrzehnten hervorgetretene gebildete jüngere Mittelschicht, die durch ihre Hinwendung

gegen die französischen A-Tests in Österreich annahm.

Neben etlichen durchaus respektablem Motiven dürften auch latente Ressentiments gegen den zweimaligen Weltkriegsgegner Frankreich in diese Protestbewegung eingeflossen sein. Wer genau zuhört, wenn Österreicher über Frankreich frei von der Seele sprechen, kann oft eine Mischung von Neid und Verachtung spüren: Neid der in ihrem deutsch-nationalen Elan gebrochenen Generationen auf den „autorisierten“ französischen Patriotismus (der allerdings von österreichischer Seite oft maßlos über-

---

zu liberalen Ideen und Lebensformen das Antlitz des Nachkriegsösterreich entscheidend verändert hat. Sie hat Haiders Antiausländer-Volksbegehren blockiert, die innerkatholische Reformbewegung beflügelt und wohl zum überwältigenden Sieg des Ja bei der EU-Abstimmung beigetragen.

Als Kinder des Nein zu Zwentendorf sind diese jungen Mittelschichtler vehemente Nukleargegner, ihre ökologische, kosmopolitische und radikaldemokratische Sensibilität konnte sie nur in scharfen Gegensatz zu Chiracs atomarem Auftrumpfen bringen.

Diesem geistig beweglichen und weltoffenen Milieu ist jetzt aber eine komplexere Problemeinsicht zuzumuten. Diese müßte

in etwa lauten: Das zu errichtende Euro-Ensemble braucht bürgernahe Entscheidungsstrukturen, eine Öko-Orientierung und eine solidarische Haltung gegenüber dem ärmeren Regionalumfeld im Osten und Süden – aber gleichzeitig auch eine Abschreckungskapazität, die allen Typen von Bedrohung adäquat wäre. Und zu diesen durchaus möglichen Bedrohungsvarianten gehören auch nukleare, chemische oder bakteriologische Massenvernichtungswaffen.

Diese Einsichten müssen von den proeuropäischen Kräften in Österreich durchgefochten werden – auch unter den widrigen Begleitumständen des nuklearen Kraftakts von Jacques Chirac. ■

# DER STANDARD

ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT, POLITIK UND KULTUR

## Re-Militarisierung

Gerfried Sperl

**W**ährend und nach der Waldheim-Ära ist es dem *anderen Österreich* gelungen, die Verdrängung der Vergangenheit zu beenden und die offensive Auseinandersetzung mit autoritären, menschenverachtenden und diktatorischen Traditionen zu suchen.

Vor lauter Vergangenheit scheinen wir aber die Gegenwart zu unterschätzen. Daß die Österreicher 1978 mit ihrem *Nein* zu Zwentendorf der Atomnutzung entsagt haben, war eine historische Entscheidung. Sie ist einer der Gründe, warum es so viele Unterschriften für Greenpeace gegeben hat. Und sie ist die Basis, warum diese Republik in der Atomfrage auch mit großer moralischer Berechtigung auftreten kann.

In den Augen mancher Kritiker tut das nichts zur Sache. Österreich bleibt schuldig, im Bösen wie im Guten. Einmal sind wir zu faschistisch, ein anderes Mal zu pazifistisch. Diesmal ist es ein *verkrampter Austro-Pazifismus*, den Danny Leder in einem für *profil* geschriebenen Kommentar den Kameradschaftsbünden, den Sozialdemokraten und auch noch den Grünen vorwirft: Für sie alle sei die Neutralität bloß eine *sanfte Abkehr vom NS-Militarismus* und eine *tröstende Allerwelts-Verurteilung des Kriegs*.

Ob wir diese permanente Fixierung auf die Nazi-Vergangenheit hinnehmen oder nicht: Wir müssen offenbar eine massiv einsetzende Debatte führen. Nämlich jene über die Verteidigung Europas, seit die Jugoslawien-Krise ganz eindeutig zu einer Re-Militarisierung geführt hat. Frankreich strebt als Atommacht auch die Atombewaffnung der „europäischen Sicherheit“ an. Hier werden wir Farbe bekennen müssen. Wenn wir im Geiste von 1978 nicht permanent als Naivlinge oder gar als Drückeberger abgestempelt werden wollen, müssen wir Konzepte einer glaubhaften nichtatomaren Abschreckung entwickeln. Fantasie und Know-how sind gefordert.

Die Entsendung von Bundesheersoldaten nach Bosnien  
macht den Abschied von einem Fetisch notwendig.

## Schluß mit der Neutralität



JETZT WÄRE DER MOMENT, sich von der Neutralität zu verabschieden. Bosnien macht es notwendig.

Einig sind sich ÖVP und SPÖ darüber, daß österreichische Soldaten mitmachen sollten, wenn es darum geht, Bosnien zu befrieden. „Aber nicht unter NATO-Kommando“, sagt Vranitzky. „Warum nicht?“ fragt Schüssel. Und beide haben unrecht.

Jeder weiß, daß eine „Peace Implementation Force“, die einen (hoffentlich) bald geschlossenen Friedensvertrag in Bosnien effektiv durchsetzen will, nur im Rahmen der NATO agieren kann (mit den Russen wird ein Sonderarrangement getroffen). Heute zu sagen, wir machen nur mit, wenn das militärische Kommando direkt die UNO hat, heißt im Klartext: Wir schicken keine österreichischen Soldaten. Die ÖVP hingegen will auf alle Fälle, daß Österreichs Bundesheer beim bosnischen Frieden mitmacht – und sei es auch unter NATO-Ägide.

Vranitzkys Haltung erscheint als Drückbergerei. Vom Standpunkt der Neutralität des Landes ist sie aber korrekt. Schüssels Haltung ist zwar politisch sinnvoll – kneift Österreich nach Jahren penetranter Balkan-

politik, würde es sich international lächerlich machen. Im Rahmen der Atlantischen Allianz (im Auftrag der UN) gen Balkan zu ziehen verletzt aber eklatant Buchstaben und Geist der Neutralität.

Eine aktiv für Frieden handelnde, humane und gleichzeitig nicht internationales Recht verletzende österreichische Balkanpolitik verlangt nur eins: die offizielle Aufgabe der Neutralität und die Absichtserklärung, sich auch militärisch ohne Einschränkung in Europa zu integrieren.



Die ÖVP hat mit der Neutralität eh nichts mehr am Hut. Aber sie will aus taktischen Gründen dem Volk die Wahrheit, daß die Neutralität ein Relikt des kalten Kriegs ist, nicht zumuten. Ihre sehr österreichische Strategie: die Neutralität Zug um Zug aushöhlen, ohne klare Entscheidungen zu treffen.

Die SPÖ hingegen glaubt offenbar wirklich an die Neutralität. Bei ihrer Argumentation schwingt immer wieder NATO-Feindlichkeit mit.

Historisch mag das verständlich sein. Sympathisch war die NATO vor 1989 bei-  
leibe nicht. Die fanatischen Generäle in den Hauptquartieren erinnerten an Figuren aus dem bössatirischen Film „Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben“. Die NATO war die eine Hälfte des kalten Krieges – eines Systems, das zwar, im nachhinein gesehen, erstaunlich friedenserhaltend wirkte, seinem Wesen nach aber auf einer paranoiden Situation der gespannten Konfrontation beruhte. In diesem Kontext erschien die Neutralität als Ausbund von Vernunft.

Die Zeiten haben sich verändert. Inzwischen ist die NATO – trotz aller Identitätskrisen, in denen sie steckt, trotz unklarer Aufgabenstellung und diffuser Perspektiven – als die Verteidigungsorganisation der demokratischsten Länder eine Allianz der (wenn es so etwas gibt) zivilisiertesten Armeen dieser Welt.

Vor diesem Hintergrund wirkt das Festhalten an der Neutralität, wenn nicht verrückt, so doch zumindest skurril. Aber auch feige: Man erwartet, im Kriegsfall von anderen geschützt zu werden, ohne selbst etwas zum Frieden beizutragen. Und das von der SPÖ proklamierte Warten auf ein „kollektives Sicherheitssystem“, in dem alle Länder bis weit nach Asien hinein versammelt sind, mag utopische Qualitäten haben – wer wollte nicht



Sicherheit durch Abwesenheit von Feinden –, geht aber an den Realitäten einer nach wie vor von Machtpolitik bestimmten Welt vorbei. Das Dilemma, vor dem Österreich nun angesichts des bevorstehenden bosnischen Friedens steht, zeigt das nur zu deutlich.

Österreich war ein Opfer des Nationalsozialismus: Mit dieser Lebenslüge der Zweiten Republik wurde während der Waldheim-Affäre aufgeräumt. Die SS war böse, die Wehrmacht anständig: Dieser Nachkriegskonsens wurde spätestens jetzt durch die Hamburger und Wiener Ausstellung über die Wehrmacht als Lebenslüge entlarvt. Man erkennt, daß der Krieg der Nazi-Armee im Osten kein „normaler“ Krieg war, in dem jeder seine Pflicht tat, sondern ein durch und durch verbrecherisches, wüst und gezielt Zivilisten mordendes und Juden vernichtendes Unternehmen.

Die Idee der Neutralität war aber untrennbar mit diesen beiden Lebenslügen verbunden. „Für die geschlagenen Wehrmachtssoldaten und darüber hinaus für die weitgehend NS-indoktrinierte österreichische Bevölkerung war wohl die Neutralität auch eine Art ideologische Schonphase“, schrieb kürzlich unser Frankreich-Korrespondent Danny Leder. „Man konnte einmal pausieren und ersparte sich ein andernfalls abruptes Überlaufen zu den Westalliierten, den eben erst siegreichen Gegnern. Im Windschatten der Neutralität konnte sich auch eine sanfte Abkehr vom NS-Militarismus vollziehen, die in einer tröstenden Allerwelts-Verurteilung des Kriegs gipfelte.“

Österreich stieg aus der Weltgeschichte aus. Geschützt durch die stabile Konfrontation der Supermächte, konnten wir uns leisten, mit einer Operettenarmee Verteidigungsbereitschaft bloß zu markieren.

Dieser österreichische Sonderweg ist an seinem Ende angelangt. Ein halbes Jahrhundert nach Hitlers Niederlage und eine halbe Dekade nach dem Untergang des Kommunismus hat Österreich beschlossen, zu den siegreichen Westalliierten „überzulaufen“, wie es die Deutschen schon kurz nach dem Krieg taten: Wir traten der EU bei. Wir entschieden uns eindeutig für den Westen. Warum wir, wenn es um die Verteidigung geht, an einem Sonderweg festhalten sollten, ist nicht einzusehen.

Der SPÖ-Pazifismus in allen Ehren. Aber er ist doch im Grunde ein konservativer Reflex. Ein Überbleibsel aus alten Zeiten.

Auch innenpolitisch macht ein Abschied von der Neutralität gerade für Sozialdemokraten Sinn. Die „Dritte Republik“ ist von einem Gespenst zur realen Gefahr geworden. Schon heute sind nicht nur bei der Polizei die Rechtsradikalen der F erschreckend stark. Auch das Heer bleibt von der Verhaiderung nicht verschont.

Eine Integration in die westliche Verteidigungsallianz mag zwar keine Garantie dafür sein, daß Rechtsautoritäre und Antidemokraten in der Armee nicht das Oberwasser bekommen. Aber ein bißchen bremsend und zivilisierend würde die NATO im politischen Ernstfall noch einmal wirken. ■